



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste · Auguststraße 80 · 10117 Berlin

Zentrale (030) 28 395-184
Durchwahl: (030) 28395-201
Telefax (030) 28 395-135
E-Mail kleffner@asf-ev.de
Internet www.asf-ev.de

Ressorts Inland/ Politik

Berlin, den 25.1.2010

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD sowie Claudia Roth und Cem Özdemir, Vorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen Aufruf zu Friedensgebet in Sicht- und Hörweite des Neonaziaufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kritisiert Kriminalisierung der Proteste durch Sicherheitsbehörden

Mehr als einhundert UnterzeichnerInnen aus Religion, Politik und Gesellschaft – darunter der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, die GRÜNEN-Vorsitzenden Claudia Roth und Cem Özdemir sowie der Vorsitzende der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ), Dr. Martin Salm, - unterstützen den Aufruf zu einem Friedensgebet in Sicht- und Hörweite des Neonaziaufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden. Zu dem „Gebet für Frieden und Menschenwürde“ und „sicht- und hörbarem Widerstand gegen extrem rechte Aufmärsche“ haben Mitte Januar die leitenden Geistlichen Dr. Salomon Almekias-Siegl, Landesrabbiner von Sachsen, Jochen Bohl, Landesbischof der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Friedbert Fröhlich, Superintendent und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen im Freistaat Sachsen und Joachim Reinelt, Bischof des Bistums Dresden-Meißen sowie zahlreiche PfarrerInnen und TheologInnen aus Sachsen und dem gesamten Bundesgebiet aufgerufen.

Angesichts des Vorgehens der sächsischen Sicherheitsbehörden gegen diejenigen Initiativen, die zu Blockaden des Neonaziaufmarsches aufrufen, erklärt Dr. Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen: „Wir halten es für dringend notwendig, dass die Proteste in direkter Sicht- und Hörweite des Neonaziaufmarsches stattfinden können. Eine Kriminalisierung von Protestinitiativen leistet dem weiteren Erstarken des Rechtsextremismus in Sachsen Vorschub. Die behördliche Linie der vergangenen Jahre, Proteste in Sicht- und Hörweite des Neonaziaufmarsches nicht zuzulassen, hat mit dazu beigetragen, dass Dresden zu dem europaweit einmaligen Erlebnis für die extreme Rechte geworden ist.“

Initiiert und organisiert wird das Friedensgebet, das am **13. Februar 2010 in Dresden ab 11:30 Uhr auf dem Postplatz in der Dresdener Innenstadt beginnen und dann zur Menschenkette rings um das Dresdener Rathaus hinführen soll**, vom zivilgesellschaftlichen Bündnis der AG „Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens“, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Amadeu Antonio Stiftung und dem Kulturbüro Sachsen e.V.. Diese Initiativen setzen sich seit Jahren kontinuierlich mit Rechtsextremismus auseinander und beteiligen sich seit langem an den Protesten gegen den alljährlich in Dresden anlässlich des Jahrestags der Bombardierung der Stadt stattfindenden Neonaziaufmarsch.

b.w.

Das Friedensgebet steht in der Tradition der DDR-Bürgerbewegungen und ist entsprechend offen für alle Interessierten. Zudem macht der Aufruf deutlich, dass kirchliche Gruppen und Initiativen sowie VertreterInnen der Kirchen sich selbstverständlich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte engagieren.

Am 12. Februar 2010 findet in Dresden auch die Gründungsveranstaltung der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirchen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ statt.

Im attachment erhalten Sie den Aufruf mitsamt der Liste der erweiterten Liste der ErstunterzeichnerInnen.

Für weitere Informationen:

Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen, AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“, Tel. 0351-4717295, www.eeb-sachsen.de

Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V., Tel. 0174-9235360, www.kulturbuero-sachsen.de

Heike Kleffner, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Tel. 030-28395203, www.asf-ev.de